

A portrait of Martina Stamm-Fibich, a woman with curly brown hair and blue eyes, smiling. She is wearing a dark blazer over a white top and a necklace with various colored beads. The background is a solid grey color.

SPD

FRANKEN BIS BERLIN
MITREDEN, MITGESTALTEN

Martina Stamm-Fibich
Ihre Abgeordnete für
den Wahlkreis Erlangen



LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER

HEIMAT

Hier bin ich zu Hause, hier gehöre ich hin. Von der Hugenottenkirche aus bietet sich ein herrlicher Blick über die Stadt Erlangen.

INHALT

» Wahlkreis Erlangen	4
» Privatmensch	6
» Arbeiten in Berlin	8
» Das haben wir erreicht	12
» Vom Wahlkreis nach Berlin	14
» Petitionen - Ihre Mitbestimmung	16
» Das Interview	18
» Mein Team	23

VIDEO ZUR BROSCHÜRE

In meinem Video auf Youtube zeige ich Ihnen mehr von mir und meiner Arbeit.



MARTINA DIGITAL

Auf meiner Homepage und auf Facebook können Sie sich über meine Arbeit informieren.

 goo.gl/iqdf4j

 www.stamm-fibich.de

 facebook.com/martina.stammfibich/

Seit September 2013 bin ich Ihre SPD-Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Erlangen und Mitglied des Kreistags Erlangen-Höchstadt.

Diese Broschüre gewährt Ihnen einen Einblick in meine Arbeit. Sie ist auch ein Aufruf an Sie, sich stärker in die Politik mit einzubringen. Mein demokratisches Verständnis fußt auf einer regen Beteiligung der Bevölkerung. Sie haben ein Anliegen? Dann sprechen Sie mich an. Ich bin gerne Abgeordnete und versuche, so oft es geht, mit Menschen in Kontakt zu treten, Anregungen und Kritik mit nach Berlin zu nehmen, um diesen Aspekten dort Gehör zu verschaffen.

Über die **Landes**liste Bayern bin ich in den Bundestag eingezogen. Ich bin ordentliches Mitglied im **Ausschuss für Gesundheit und im Petitionsausschuss**. Als Stellvertreterin bin ich für den Ausschuss für **Familien, Senioren, Frauen und Jugend** zuständig. Im Gesundheitsausschuss bin ich Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion für die Themen Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel, Impfen, Medizinprodukte sowie Kinder- und Jugendgesundheit.

Die ersten drei Jahre als Bundestagsabgeordnete sind zügig vergangen. Eingewöhnungszeit gibt es im schnelllebigen politischen Alltag keine. Die Herausforderungen, denen sich die Große Koalition und vor allem wir als SPD gestellt haben, waren und sind groß. Union und SPD vertreten andere Grundwerte. Wir werden bis zur Bundestagswahl im Herbst 2017 sicher nicht alle Ziele erreichen. Dennoch haben wir es geschafft, viele Inhalte des Koalitionsvertrags umzusetzen. Viele Gesetze tragen eine sozialdemokratische Handschrift.

**ICH WÜNSCHE MIR FÜR DIE ZUKUNFT
NOCH MEHR BÜRGERBETEILIGUNG
AM POLITISCHEN GESCHEHEN**

Meine Tür steht für einen konstruktiven Dialog immer offen. Als ehemalige Betriebsrätin bin ich mit den Sorgen und Nöten der Menschen im beruflichen und privaten Umfeld vertraut. Ich wünsche mir für die Zukunft noch mehr Bürgerbeteiligung am politischen Geschehen. Politik lebt vom Dialog. Der Petitionsausschuss ist eine Möglichkeit, direkt in Berlin Einfluss zu nehmen.

Nach dem Motto des Erlanger Alt-Oberbürgermeisters Dietmar Hahlweg „Stadt und Land – Hand in Hand“, möchte ich für Menschen Politik machen, sie erklären und sie gegebenenfalls auch verteidigen.

Ihre

Martina Stamm-Fibich

WAHLKREIS ERLANGEN

IM DIALOG MIT DEN MENSCHEN IN DER REGION



TRADITIONELL

In unserem Landkreis werden die Tradition und das Brauchtum gepflegt. Zu den vielen Veranstaltungen, die ich über das Jahr verteilt besuche, zählt auch die Heroldsberger Kirchweih. Zur Eröffnung sind immer viele Genossinnen und Genossen dabei. v.l.: Gerd Hefe, Hubert Selze, Siglinde Witt und Daniel Engelhard.

Mit dem Beginn meiner Tätigkeit als Bundestagsabgeordnete habe ich mir drei große, persönliche Ziele gesteckt: Mich nicht verbiegen zu lassen, mir meine Art kritisch nachzufragen, zu erhalten und den Wahlkreis bei all den Aufgaben in Berlin nicht aus den Augen zu verlieren.

Politik sollte sich immer an den Bedürfnissen und Interessen der Bürger orientieren. Wir sind gewählte Volksvertreter. Ich möchte den Menschen eine Stimme geben, die nicht gehört werden oder selbst nicht auf sich aufmerksam machen können. Mir liegt viel daran, immer im direkten Austausch mit den Menschen vor Ort zu bleiben.

Viel Input von der Basis

Über 250 Gespräche habe ich mittlerweile nur im Wahlkreis Erlangen und in meinem Betreuungswahlkreis Nürnberger Land geführt. Da die Landkreise Roth und Nürnberger Land keinen eigenen SPD-Bundestagsabgeordneten stellen, habe ich mit meiner Bundestagskollegin Gabriela Heinrich aus Nürnberg die Betreuung des Wahlkreises übernommen. In Lauf unterhalten wir ein Bürgerbüro.

In den Gesprächen vor Ort erhalte ich viel Input, der meinen Blick für die politische Arbeit in Berlin schärft und mein Handeln nicht an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger vorbeigehen lässt. In regelmäßigen Abständen biete



PLANUNG

Mit meiner Mitarbeiterin Elke Bauer bespreche ich die anstehenden Termine in den Wahlkreiswochen.

ich immer wieder Bürgersprechstunden an. Hier kann jeder Bürger seine Anliegen vortragen, Kritik üben, Anregungen geben oder Probleme mit mir diskutieren. Erfolg kann ich nicht garantieren, aber alles dafür tun.

Präsenz zeigen

Die Gespräche sind die Basis für die Arbeit in Berlin. Einiges von dem, was mit meiner Initiative oder mit der Unterstützung aus der Bevölkerung im Wahlkreis angeschoben wurde, hat sich in Berlin auf den Entscheidungsprozess in der Gesetzgebung oder der Verteilung von finanziellen Mitteln niedergeschlagen (siehe Seite 14/15).

Oft müssen wir Volksvertreter uns den Vorwurf des Stammtisch-Politikers

gefallen lassen. Mit diesem Vorurteil möchte ich aufräumen. Auf diesen Terminen geht es nicht darum, zu feiern, sondern Präsenz zu zeigen, mit den Menschen vor Ort in Kontakt zu treten und den vielen ehrenamtlich engagierten Menschen in unserem Wahlkreis Wertschätzung entgegenzubringen. Nicht nur mediale Präsenz bei Großveranstaltungen gehört für mich in der Politik dazu, sondern auch die Tatsache, bei kleineren Ereignissen Nähe zu zeigen, die in der öffentlichen Wahrnehmung nicht die überragende Rolle spielen.



SPRECHSTUNDE

In meinem Bürgerbüro nehme ich mir in den Wahlkreiswochen viel Zeit, um mit den Bürgerinnen und Bürgern zu sprechen. Egal ob es um private Anliegen oder Kritik und Anregungen zur Bundespolitik geht.



SOZIALES ENGAGEMENT

Für die Aidshilfe Nürnberg habe ich in der Erlanger Innenstadt Spenden gesammelt. Ich bemühe mich, viele Vereine zu unterstützen, bin unter anderem Fördermitglied beim THW Erlangen, dem Verein Laufer Mühle und dem Kulturzentrum E-Werk.



ROLLENTAUSCH

Beim BRK war ich Rettungssanitäterin, im Seniorenheim „Am Erlenfeld“ übernahm ich eine Frühschicht, bei den Barmherzigen Brüdern und den Regnitz-Werkstätten machte ich ein Praktikum und fürs Vorlesen in der Pestalozzischule gab's selbstgemalte Bilder.

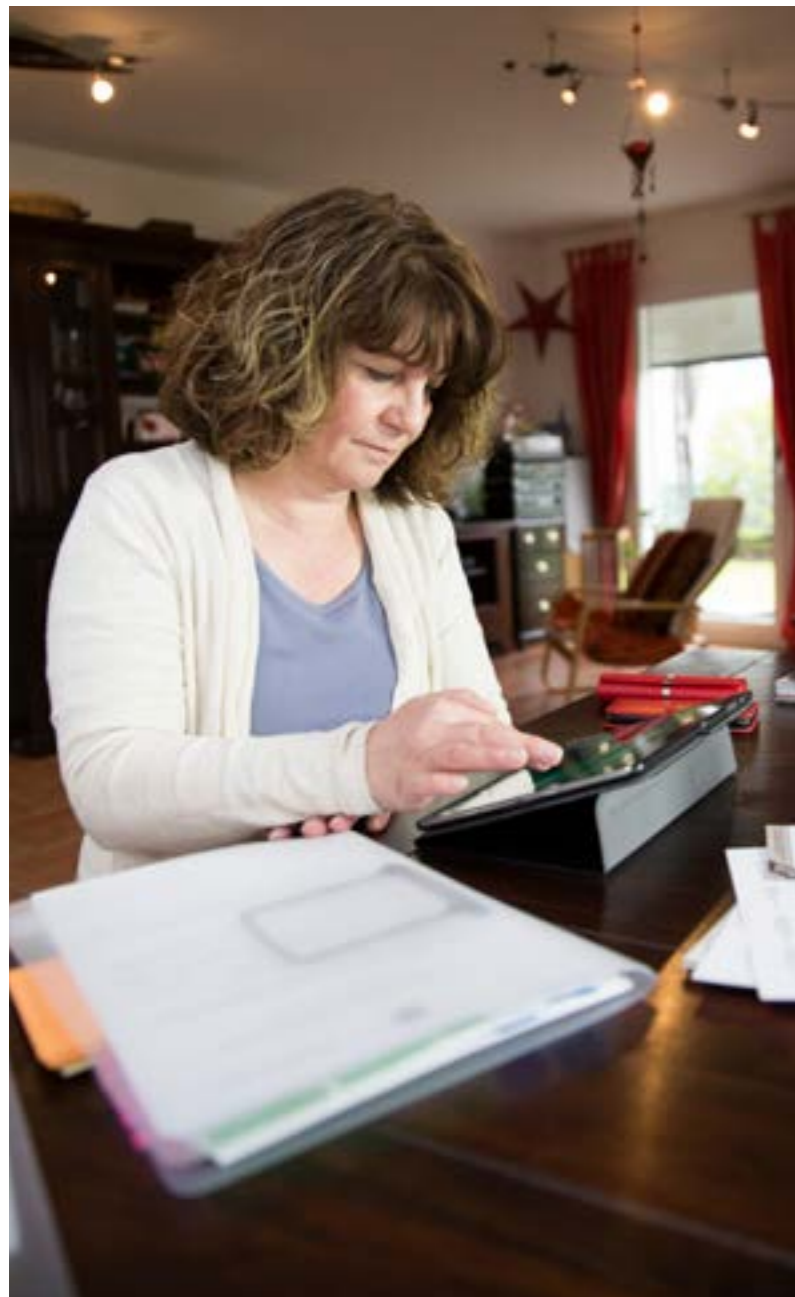


DANKE SAGEN

Jedes Jahr besuche ich an Silvester die Polizei, das Rote Kreuz und die Feuerwehr, um Danke zu sagen. In der Feuerwache in Erlangen übernahm ich 2015 die Küche und spendierte der Silvesterschicht 40 Schüffele als Dank für ihren Einsatz.

PRIVATMENSCH

WENIG FREIZEIT UND SCHALKE 04



HOMEOFFICE

Die Politik kennt keine Pause. Auch zu Hause gibt es immer Aufgaben zu erledigen.



Mein Privatleben hat sich mit dem Mandat als Abgeordnete im Deutschen Bundestag stark verändert. Geregelt Arbeitszeiten gibt es nicht. Ich bin unterwegs, wenn ich gebraucht werde.

Alle zwei Wochen steht eine Dienstreise nach Berlin an, in den Wahlkreiswochen gibt es viele Abendtermine. Die Zeit, die ich zu Hause mit meiner Familie verbringe, ist knapp geworden. Der Terminkalender gibt den Takt vor.

Die Tage in Berlin sind arbeitsintensiv und lassen wenig Zeit zum Verschnaufen. Wenn das Flugzeug am Freitag am Nürnberger Flughafen landet oder ich mit dem Zug am Bahnhof in Erlangen ankomme, dann ist der Moment zum Durchschnaufen gekommen. Dann kann ich für einen Moment von der Politik loslassen. Stehen im Wahlkreis nicht gleich Anschlusstermine an, dann geht es ab nach Hause. Raus aus dem Business-Anzug, rein in die Wohlfühl-Klamotten. Dann will ich einfach Martina sein und nicht Frau Stamm-Fibich.

Für einen Moment die Politik vergessen

Für mich war von Anfang an klar, dass sich trotz der neuen Abläufe zu Hause nichts ändern soll. Meinen Haushalt erledige ich selber, bei der Gartenarbeit kann ich prima entspannen und beim Kochen macht mir in der Familie sowieso keiner was vor. Für mich ist das ein Stück Lebensqualität, daheim zu sein, das Radio aufzudrehen und die Politik einmal für ein paar Augenblicke hinter sich zu lassen. Und: Arbeiten, die ich zu Hause erledige, sind abgehakt.



Es klingt vielleicht banal: Aber ein gebügelter Korb Wäsche ist dann wie ein abgeschlossenes Projekt. Gesetzgebung ist ein anderes Thema. Politik ist ein fortlaufender Prozess, viele Themen ziehen sich in der Entscheidungsfindung über Monate, wenn nicht Jahre. Das kostet Nerven.

Die gemeinsame Zeit mit der Familie ist ein schöner Ausgleich. Erst seit ich so viel Zeit von zu Hause weg bin, lerne ich noch mehr zu schätzen, was es wert ist, wenn zu Hause Menschen auf einen warten. In den Gesprächen geht es zur Abwechslung nicht nur um Paragraphen, Kosten und Studien, sondern um die normalen Dinge des Alltags. Wenn es politisch wird, sitzen meine größten Kritiker sowieso am Esstisch. Wie war die letzte Rede im Plenum, passt mein Outfit und ähnliches. Ans Abheben brauche ich da gar nicht zu denken.

Wäre da nicht Schalke 04

Natürlich stehen auch am Wochenende Termine im Wahlkreis an, Gesetzestexte und Referententwürfe müssen gelesen, Termine koordiniert werden. Richtig verhasst kann mir die Laune nur Schalke 04. Nicht nur in der eigenen Partei, auch beim Lieblingsfußballklub muss man leidensfähig sein.

Ab und an fällt einem das frühe Aufstehen dann schon schwer. Richtig abschalten kann ich nur im August, wenn im Bundestag Sommerpause ist und auch ich mir zwei, drei Wochen Auszeit gönne. Ganz ohne Politik.



ENTSPANNUNG

Zurück in der Heimat: Wenn ich am Freitagnachmittag zu Hause ankomme, kehrt bei mir ab und an der Alltag ein. Bei der Gartenarbeit und beim Kochen kann ich entspannen.

STECKBRIEF MARTINA STAMM-FIBICH

- » Martina Stamm-Fibich
- » 23.04.1965, evangelisch-reformiert
- » geschieden, 2 Kinder
- » Mitglied des Bundestags seit 2013
- » Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Petitionen und im Ausschuss für Gesundheit
- » stellv. Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- » Mitglied in der Mitarbeiterkommission des Ältestenrats
- » Mitglied des Kreistags Erlangen-Höchstadt
- » bis 2013 freigestellte Betriebsrätin bei Siemens Healthcare

ARBEITEN IN BERLIN

TERMIN-MARATHON IN DER HAUPTSTADT



IM DIALOG

Während der Sitzungswochen kommen immer wieder Schulklassen zu Besuch in den Bundestag. Die Jugendlichen zeigen mir, dass Politik für sie ein wichtiges Thema ist.

Sitzungswochen in Berlin und Wahlkreiswochen in der Heimat sind zwei komplett verschiedene Welten. In Berlin spielt sich das Geschehen zum Großteil in meinem Büro, in den Sitzungszimmern oder im Plenum im Reichstag ab. Ab und an stehen Außentermine an, wenn ich bei Veranstaltungen auf dem Podium sitze oder an Empfängen teilnehme.

In der Regel geht mein Flieger vom Nürnberger Flughafen montags zwischen 8 und 10 Uhr. Gerne würde ich mit der Bahn fahren. Die Fahrtzeit von Erlangen in die Hauptstadt beträgt momentan allerdings rund 5,5 Stunden. Das ist keine echte Alternative, angesichts einer Arbeitswoche, die selten unter 80 Stunden liegt. Nach einer kurzen Bürobesprechung mit meinen Mitarbeitern und der Durchsicht der wichtigsten Anträge, Anfragen und Papiere stehen die ersten persönlichen Gespräche an. Am Abend trifft sich in der Regel die Landesgruppe Bayern der SPD-Bundestagsfraktion zu einer Sitzung, in der die bevorstehenden Themen diskutiert werden.

Von November 2014 bis Dezember 2016 habe ich rund 330 Einzelgespräche nur in Berlin geführt, davon 270 zu gesundheitspolitischen Themen. Man kann sich als Außenstehender nur schwer vorstellen, wie viele Unternehmen, Institutionen, Verbände und Ministerien in den politischen Ablauf involviert sind. Sei es aus finanziellen Interessen, der Sorge um Benachteiligung bei der Gesetzgebung oder mit Hinweisen, um mitunter den Verhandlungen neue Impulse zu geben. Das vielzitierte Wort des „Lobbyismus“ höre ich in diesem Zusammenhang nicht so gerne. Wenn ich mich treffe, dann will ich mich informieren und hinterfrage kritisch. Das gehört zu den Hausaufgaben eines Politikers. Die Informationen dann zu bewerten, ist meine Aufgabe. Mit der Zeit habe ich mir ein gutes Urteilsvermögen und ein dickes Fell zugelegt.

Am Dienstag finden in der Regel fraktionsinterne Arbeitsgruppen, ab Mittwoch dann die Ausschüsse statt. Dienstags ist immer die Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion, zu der alle Abgeordneten der SPD und die Parteispitze zusammenkommen. Manchmal geht es recht hitzig zu, denn nicht immer sind wir Abgeordneten mit den Ideen der Parteiführung einverstanden. Die Große Koalition stellt uns Sozialdemokraten bisweilen vor die eine oder andere Hürde. Auch ich musste schon Entscheidungen mittragen, die nicht unbedingt meiner politischen Einstellung entsprechen. Aber in einer Koalition heißt es nun einmal geben und nehmen. Es wird kein Gesetz geben, mit dem ein einzelner Abgeordneter zu 100 Prozent zufrieden sein wird. Aber ohne eine gewisse Kompromissbereitschaft hätten wir nie eine so deutliche sozialdemokratische Handschrift in der aktuellen Legislaturperiode hinbekommen.

Der Etat der gesetzlichen Krankenversicherung ist größer als der Bundeshaushalt

Ich bin als eine der wenigen Abgeordneten Mitglied in zwei ordentlichen Ausschüssen: im Ausschuss für Gesundheit und im Petitionsausschuss. Im Gesundheitsausschuss bin ich für die SPD-Fraktion Berichtserstatterin für Kinder- und Jugendmedizin, Arzneimittel, Medizinprodukte sowie Heil- und Hilfsmittel. Was viele gar nicht wissen: Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung sind größer als der Bundeshaushalt. Allein mit dem Krankenhausstrukturgesetz bewegen wir in den nächsten fünf Jahren

DAUERLAUF

Kalender checken, Bürobesprechungen, Plenumsdebatten, Ausschusssitzungen. Die Sitzungswochen in Berlin sind eng durchgetaktet.



**SIE SPRICHT
DINGE KLAR AN,
DIE NICHT
FUNKTIONIEREN.
ALLES ANDERE
WÄRE GELOGEN.**

GERMAN HACKER
BÜRGERMEISTER HERZOGENAURACH

fünf Milliarden Euro, das Präventionsgesetz umfasst ein Volumen von 300 Millionen Euro pro Jahr. Gesetze, die 70 Millionen Menschen in diesem Land betreffen, aber kaum einer nimmt Notiz davon.

Jeder versucht dem Kahn seine eigene Richtung vorzugeben

Das Hauptproblem der Politik in unserem Land ist aus meiner Sicht, dass die Kontinuität fehlt. Man kann seine Ziele nicht durchgängig verfolgen. Mit jeder neuen Legislaturperiode werden die Machtverhältnisse neu geordnet. Und jeder versucht dem Kahn seine eigene Richtung vorzugeben. Was unter einer Regierung angeschoben wird, ist in der folgenden Legislatur mitunter wieder gegenstandslos. In der aktuellen Legislatur haben wir von der SPD wieder Gesetzesvorhaben der Koalition von CDU/CSU und FDP aus der Schublade geholt, die zuvor darin diskret verschwunden waren. Dazu gehören nicht nur einige Petitionen, sondern auch die Pflegestärkungsgesetze I und III, die mittlerweile vom Gesetzgeber verabschiedet wurden. Das Pflegestärkungsgesetz III tritt am 1. Januar 2017 in Kraft.

Wir haben bisher 17 Gesetze im Gesundheitsbereich umgesetzt. Mit Gesetzesvorhaben wie dem Arzneimittelversorgungsstärkungsgesetz, dem Selbstverwaltungsstärkungsgesetz und dem Heil- und Hilfsmittelverordnungsgesetz stehen weitere Entscheidungen noch in dieser Legislatur an.

**EINE SITZUNGSWOCHE BEDEUTET IN
DER REGEL EINE 80-STUNDEN-
WOCHE. MORGENS UM 7 UHR
GEHT'S INS BÜRO, ABENDS SELTEN
VOR 22 UHR NACH HAUSE.**

Die meiste Arbeit in der Gesetzgebung wird bereits in den Ausschüssen erledigt. Dort werden die anstehenden Gesetze beraten, Anhörungen und Expertengespräche geführt. Im Plenum erfolgen im Anschluss die öffentlichen Debatten. Neben den Gesetzen in meinen Fachausschüssen, an denen ich direkt beteiligt bin, führe ich auch viele Gespräche zu anderen politischen Themenfeldern. So habe ich zahlreiche Termine bei den Vorhaben der Einführung der generalistischen Pflegeausbildung oder dem Bundesteilhabegesetz wahrgenommen.

Für Bundestagsabgeordnete besteht im Übrigen eine generelle Anwesenheitspflicht in den Sitzungswochen. Einen Strafenkatalog gibt es nicht nur in der Kabine einer Fußballmannschaft, sondern auch für Bundestagsabgeordnete. Beispiele: 200 Euro kostet das unentschuldigtes Fehlen an Plenumstagen, 100 Euro bei entschuldigtem Fehlen an Plenartagen, 100 Euro werden für unentschuldigtes Fehlen



ÜBER DIE GRENZEN HINAUS

Als Abgeordnete befasse ich mit allen politischen Themen, sowohl innen- als auch außenpolitisch. Mit dem Bundesaußenminister und designierten Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier stehe ich im regelmäßigen Austausch.



MEINUNGSAUSTAUSCH

Ob im Reichstag oder auf dem Weg ins Büro: Zuhören und argumentieren gehören zu den wichtigsten Anforderungen in meinem Beruf.

an Präsenztagen ohne Plenum fällig, 100 Euro bei versäumten namentlichen Abstimmungen bzw. mit Wahlkarte. Dass bei manchen Sitzungen im Plenum trotz Anwesenheitspflicht nicht immer volles Haus im Plenarsaal ist, liegt daran, dass zeitgleich Termine anstehen und man manche Themen einfach den Experten auf diesem Gebiet überlassen sollte.

Eine Sitzungswoche bedeutet in der Regel eine 80-Stunden-Woche. Morgens um 7 Uhr geht's ins Büro, abends selten vor 22 Uhr nach Hause. Es kommt oft vor, dass ich an einem Tag zwischen meinem Büro und den Sitzungszimmern im Paul-Löbe-Haus mehrmals pendeln muss. Meine Wohnung in Berlin betrete ich während der Sitzungswochen in der Regel nur abends zum Schlafen.

Am Freitag endet die Sitzungswoche. Mit dem Flugzeug geht es gegen Mittag zurück nach Hause. An Feierabend ist meistens nicht zu denken. Abends stehen regelmäßig die nächsten Termine im Wahlkreis an. Präsenz zu zeigen, gehört zum Leben eines Politikers dazu. Ich mache das gerne. Denn nur wer so oft wie möglich mit den Menschen in den Dialog tritt, kann sich ein schlüssiges Stimmungsbild machen. Zuhören zählt zu den wichtigsten Anforderungen meines Berufs.

FRÄNKISCHES DUO

Mit meiner Nürnberger Kollegin Gabriela Heinrich betreue ich das Nürnberger Land.



DAS HABEN WIR ERREICHT

VIELE GESETZE TRAGEN EINE SOZIALDEMOKRATISCHE HANDSCHRIFT

Gesetze sind allgemeine und für das Volk verbindliche Regeln. Bundestagsabgeordnete, die Bundesregierung und der Bundesrat haben das Recht, Gesetzesentwürfe in den Bundestag einzubringen. Bei den Bundestagsabgeordneten müssen Vorschläge von einer Fraktion oder von mindestens fünf Prozent der Mitglieder des Bundestags initiiert werden.

Von der Gesetzesinitiative bis zur Ausfertigung ist es ein weiter Weg. Nach einer ersten Lesung befassen sich die benannten Ausschüsse mit den Gesetzesentwürfen, in den Fraktionen bilden sich Arbeitsgruppen- und Kreise, die ihre Positionen erarbeiten. In den Ausschüssen werden Experten gehört, teils auch öffentliche Anhörungen durchgeführt.

In der Regel finden drei Lesungen im Plenum statt. Bereits in der 2. Lesung kann ein Gesetz beschlossen werden. Sollte keine Einigung stattfinden, folgt die 3. Lesung, an deren Ende eine Schlussabstimmung steht. Dann muss der Bundesrat das Gesetz prüfen. Bei Zustimmungsgesetzen ist die Zustimmung des Bundesrats zwingend erforderlich. Bei Einspruchsgesetzen kann der Bundestag ein Gesetz auch dann in Kraft treten lassen, wenn im vorgeschalteten Vermittlungsausschuss keine Einigung erzielt wurde. In einer neuen Abstimmung ist dann aber die absolute Mehrheit erforderlich.

Der Bundespräsident überprüft in einem letzten Schritt, ob das Gesetz verfassungsgemäß ist. Mit seiner Unterschrift wird es rechtskräftig.

In der aktuellen Legislatur wurden von 648 eingebrachten Gesetzesvorhaben bisher 382 vom Bundestag verabschiedet (Stand 5. Januar 2017). Viele davon tragen eine sozialdemokratische Handschrift. Die Einführung des Mindestlohns ist für mich die größte Errungenschaft unserer Arbeit. Die hier aufgeführten Beispiele zeigen, dass sich die SPD für Verbesserungen für alle Bevölkerungsgruppen einsetzt.

2 JAHRE FRÜHER IN RENTE

Wer 45 Jahre gearbeitet und Beiträge in die Rentenkasse gezahlt hat, kann ab 63 abschlagsfrei in Rente gehen. Vorübergehende Arbeitslosigkeit, Pflegezeit und Kindererziehung werden anerkannt.

- » **Höhere Mütterrente für Väter und Mütter, die von 1992 an Kinder erzogen haben**
- » **Menschen, die aus gesundheitlichen oder unfallbedingten Gründen erwerbsunfähig werden, erhalten eine höhere Erwerbsminderungsrente**
- » **Höheres Reha-Budget – die gesetzliche Rentenversicherung erhält pro Jahr 233 Millionen Euro mehr für die medizinische und berufliche Rehabilitation ihrer Versicherten**

Zuständig: Bundesministerium für Arbeit und Soziales:
www.bmas.de

MEHR GELD FÜR BILDUNG

Mit der BAföG-Novelle werden die Fördersätze zum Wintersemester 2016 um 7 Prozent erhöht, auch die Einkommensfreibeträge werden erhöht.

- » **Bund investiert 750 Millionen Euro in Krippen und Kitas**
- » **Seit 2015 übernimmt der Bund vollständig die Kosten für das BAföG. Lohnausfälle sollen durch ein zinsloses Darlehen aufgefangen werden. Die freien Mittel verwenden die Länder für Kitas, Schulen und Hochschulen**
- » **Zur Finanzierung des Hochschulpakets für mehr Studienplätze stellt der Bund bis 2020 10 Milliarden Euro zur Verfügung**

Zuständig: Bundesministerium für Bildung und Forschung:
www.bmbf.de

DIE PFLEGE- STÄRKUNGSGESETZE I BIS III

Die Leistungen der Pflegeversicherung werden durch die Pflegestärkungsgesetze erheblich ausgeweitet. Im Jahr 2017 tritt das Pflegestärkungsgesetz III in Kraft.

- » **Erhöhung der häuslichen Pflege um 1,4 Milliarden Euro, der stationären Pflege um 1 Milliarde**
- » **Entlastung der pflegenden Angehörigen und mehr zusätzliche Betreuungskräfte in Einrichtungen**
- » **Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff mit 5 Pflegegraden unter Berücksichtigung demenziell erkrankter Menschen**
- » **Bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf**
- » **Ausweitung des Leistungsumfangs der sozialen Pflegeversicherung um 5 Milliarden Euro im Jahr**

Zuständig: Bundesgesundheitsministerium:
www.bmg.bund.de

MEHR ZEIT FÜR FAMILIE

Beim ElterngeldPlus können Eltern mit Teilzeitarbeit künftig doppelt so lange Elterngeld beziehen (bis zu 28 Monate).

- » **Partnerschaftsbonus, wenn Mutter und Vater parallel 25 bis 30 Stunden pro Woche arbeiten, erhalten beide das ElterngeldPlus für weitere vier Monate**
- » **Zwischen dem dritten und achten Geburtstag kann man künftig 24 Monate Elternzeit nehmen und die Elternzeit flexibler aufteilen**
- » **Familienpflegezeit: Bei einem akut eintretenden Pflegefall erhalten Arbeitnehmer für eine zehntägige Auszeit zur Organisation der Pflege ein Pflegeunterstützungsgeld.**
- » **Angehörige können über die Familienpflegezeit bis zu 24 Monate die Arbeitszeit reduzieren, Gehalt wird über ein zinsloses Darlehen aufgefangen**

Zuständig: Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend: www.bmfsfj.de

MARTINA IST BEREIT, DORT ZU ARBEITEN WO NICHT GERADE DIE SONNE SCHEINT

DIRK GOLDENSTEIN
UNTERBEZIRKS-VORSITZENDER

MINDESTLOHN

Seit 1.1.2015 gilt ein gesetzlicher Anspruch von 8,50 Euro brutto/Stunde für Arbeitnehmer, ab dem 1.1.2017 gilt der Mindestlohn flächendeckend und beträgt 8,84 Euro.

- » **Davon haben bereits 4 Millionen Arbeitnehmer in Deutschland profitiert**
- » **Tarifverträge können künftig leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden**
- » **Einhaltung wird durch den Zoll kontrolliert**
- » **Erster Schritt gegen Lohndumping**
- » **Stärkung der Tarifbindung**

Zuständig: Bundesministerium für Arbeit und Soziales:
www.bmas.de

INFO

Auf der Homepage des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz können alle Gesetzestexte nachgelesen werden: <http://www.gesetze-im-internet.de/>

Kostenlose Broschüren zu den einzelnen Themen finden sich auf den Internetseiten der Ministerien im Servicebereich.

VOM WAHLKREIS NACH BERLIN

VERSprochen UND GEHALTEN

Hartnäckigkeit und Engagement zahlen sich aus. Viele Veranstaltungen, Vor-Ort-Gespräche und persönliche Termine im Wahlkreis helfen mir, in Berlin bei Veränderungen den Hebel anzusetzen und entscheidende Impulse zu setzen.

BAYERN

ERLANGEN

NÜRNBERG

NPSG (Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetz)

Stoffgruppenbezogener Ansatz für ein strafbewehrtes Verbot des Umgangs mit neuen psychoaktiven Substanzen.

- ➡ Gespräche mit der Drogenhilfe mudra e.V.
- ➡ Teilnahme eines mudra-Mitarbeiters an der öffentlichen Anhörung
- ➡ Fraktion-vor-Ort: Diskussionsrunde in Erlangen mit Vertretern von Polizei, Kliniken und Mitarbeitern der Suchtprävention
- ➡ Aufklärungskampagne an Erlanger Schulen zum Thema „Legal Highs“ mit der mudra

➡ Gesetz wurde am 23.9.2016 im Bundestag beschlossen

BVWP 2030 (Bundesverkehrswegeplan)

- ➡ Vor-Ort-Termine im Wahlkreis in Gremsdorf und Forth
- ➡ Gespräche mit MdB Martin Burkert, Ausschussvorsitzender Infrastruktur und Verkehr
- ➡ Aufnahme beider Ortsumgehungen in den BVWP 2030 in den vordringlichen Bedarf.

THW

- ➡ Treffen mit den Ortsverbänden Baiersdorf und Erlangen
- ➡ Unterstützung beim Bau eines Fahrzeugunterstands des THW Erlangen

➡ 8 Millionen Euro mehr Budget für den THW bis 2018 pro Jahr und Schaffung von 208 neuen Stellen, Fahrzeugprogramm über 100 Millionen Euro bis 2023, Helfer- und Nachwuchsförderung über 3,2 Millionen Euro, 150 weitere Stellen 2017, Beförderungsprogramm mit 167,5 Stellen.

PEPP (pauschalierendes Entgeltsystem Psychiatrie und Psychosomatik)

- ➡ Fraktion-vor-Ort: Diskussionsrunde mit Vertretern vom Suchthilfeverein Pandora e.V., Arzt für Psychotherapie und MdBs aus dem Gesundheitsausschuss in Erlangen
- ➡ Gespräche mit Verbänden und Kliniken
- ➡ Unterstützung einer Petition aus dem Wahlkreis Erlangen
- ➡ PsychVVG als Gesetz zur Abkehr von PEPP wurde am 10.11.2016 im Bundestag beschlossen.

STROMTRASSEN (Trassenautobahn durch Franken)

- ➡ Vor-Ort-Gespräch mit Staatssekretär Florian Pronold bei der Bürgerinitiative aus Altdorf
- ➡ Vor-Ort-Termin bei der Bürgerinitiative aus Schnaittach
- ➡ Spitzentreffen in Berlin mit Vertretern der Bürgerinitiativen und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel
- ➡ Weg von den „Monstertrassen“, stattdessen ist die Erdverkabelung als Lösung angedacht.

Weitere Themen, in denen lokale Interessen bundespolitische Bedeutung haben: SPD-Blaulichtkonferenz mit regionalen Vertretern von ASB, THW, Rotes Kreuz, Feuerwehr; Fraktion-vor-Ort: Öffentliche Diskussionsrunden zu bundespolitischen Themen und anstehenden Gesetzen wie den Pflegestärkungsgesetzen, Fluchtursachen, Neuausrichtung der Bundeswehr oder zur Tätigkeit des Petitionsausschusses.

BRANDENBURG

BERLIN

REISETAGEBUCH

Von A wie Augsburg bis W wie Wladimir/Russland war ich in den letzten drei Jahren in Deutschland und teils darüber hinaus unterwegs, um mich zu informieren, aufzuklären und Zusammenhänge besser verstehen zu können.

- » **Bad Windsheim:** Bäder und Reha-Tour (August 2014).
- » **Straubing:** Besuch Gäubodenvolksfest mit Landesgruppe Bayern (August 2014).
- » **Dinkelsbühl:** Besuch Sommerfest „Italienische Nacht“ der SPD Dinkelsbühl (August 2014).
- » **Wladimir/Russland:** Gastfreundschaft mit Erlangens Partnerstadt pflegen (September 2014).
- » **Dresden:** Besuch Impfstoffwerk (November 2014).
- » **Hamburg:** Besuch Krankenhaus Mümmelmannsberg mit Johannes Kahrs, MdB (Januar 2015).
- » **Uffenheim:** Besuch Ärztezentrum mit Carsten Träger, MdB (März 2015).
- » **Wedel/Hamburg:** Besuch Pharma-Unternehmen mit Ernst Dieter Rossmann, MdB (März 2015).
- » **Brüssel/Belgien:** Besuch des Petitionsausschusses des Europäischen Parlaments (Mai 2015).
- » **Zürich, Bern/Schweiz:** Sommerreise der Landesgruppe Bayern (Juni 2015).
- » **Augsburg:** Besuch ausgezeichnete Kita bei Ulrike Bahr, MdB (Juli 2015).
- » **Odenwald:** Besuch Krankenhaus sowie Ganztagschule mit Dr. Dorothee Schlegel, MdB (Juli 2015).
- » **Rosenheim:** Fraktion-vor-Ort (FvO) zum Thema Präventionsgesetz mit Bärbel Kofler, MdB (Oktober 2015).
- » **Deggendorf:** FvO zum Thema gesunde Ernährung und Präventionsgesetz bei Rita Hagl-Kehl, MdB (Dezember 2015).
- » **Bad Windsheim:** FvO zum Thema Krankenhausstrukturgesetz und E-Health bei Carsten Träger, MdB (Januar 2016).
- » **Freiberg:** Besuch zum Thema Arzneimittelsicherheit bei Simone Raatz, MdB (März 2016).
- » **München:** Podiumsgast zum Thema Diabetes (März 2016).
- » **München:** Besuch Krankenhaus und Vortrag zum Krankenhausstrukturgesetz bei Claudia Tausend, MdB (März 2016).
- » **Bayreuth:** Besuch Klinik für Querschnittsgelähmte wegen Hilfsmittelgesetz (Mai 2016).
- » **Washington/USA:** Delegationsreise Gesundheitsausschuss Besuch der FDA (Food and Drug Administration) (Juni 2016).
- » **Bayreuth:** FvO zur Pflege bei Anette Kramme, MdB (Juni 2016).
- » **Nürnberg:** FvO zum Thema Petitionen bei Gabriela Heinrich, MdB (Juli 2016).
- » **Rudolstadt:** Besuch im Blisterzentrum (Juli 2016).
- » **Passau:** Besuch Kinderklinik mit Christian Flisek, MdB und Ulrike Bahr, MdB (Juli 2016).

PETITIONEN - IHRE MITBESTIMMUNG

KEIN 08/15-AUSSCHUSS, SONDERN GELEBTE DEMOKRATIE

Der Petitionsausschuss ist eine Art Stimmungsbarometer der Gesellschaft. Sorgen, Ängste und Probleme der Bürgerinnen und Bürger landen täglich auf meinem Schreibtisch. Rund 650 Petitionen habe ich mittlerweile bearbeitet, an 57 Ausschusssitzungen und an neun öffentlichen Beratungen teilgenommen sowie sieben Berichterstattergespräche geführt.

Es sind vor allem die greifbaren, realen Probleme und Sorgen, die uns beschäftigen. Das ist ein großer Unterschied zum sonstigen politischen Alltag. Denn dort begleiten uns meist nur die ganz großen Themen.

Wir sprechen im Deutschen Bundestag oft von Politikverdrossenheit. Wir sprechen davon, dass die Themen zu komplex werden. Wir sprechen davon, dass sich die Fronten zwischen Bürgern und Politik immer mehr verhärten. Vielen Menschen reicht es nicht mehr, alle vier Jahre ein Kreuzchen auf dem Stimmzettel zu machen. Sie wollen sich einbringen, wollen ihre Themen direkt ansprechen und nicht nur Parteiprogramme lesen.

SO ERREICHEN SIE DEN PETITIONSAUSSCHUSS

<https://epetitionen.bundestag.de/>
Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Fax: 030 - 227 36027

Einzelpetitionen können per Brief, per Fax, per Postkarte oder elektronisch über das Internetportal des Petitionsausschusses eingereicht werden. Erfolgt die Eingabe per Post oder Fax ist eine handschriftliche Unterzeichnung notwendig.

Öffentliche Petitionen können nur über den elektronischen Weg eingereicht werden.

Deshalb hat sich das Politikverständnis vieler Bürgerinnen und Bürger verändert. Bürgerbeteiligung ist die Gegenbewegung zur Politikverdrossenheit geworden. Viele Bürger warten nicht mehr, dass die Politik ihre Sorgen löst, sie krempeln einfach selbst die Ärmel hoch und bringen sich ein.

Die SPD will Bürgerbeteiligung stärken. Wir wollen die Möglichkeiten der politischen Teilhabe ausbauen. Wir wollen mehr direkte Demokratie. Und wir haben in der eigenen Partei damit angefangen. 2013 haben wir alle Mitglieder befragt, ob sie die Große Koalition befürworten oder ob sie dagegen sind.

„JEDERMANN HAT DAS RECHT, SICH EINZELN ODER IN GEMEINSCHAFT MIT ANDEREN SCHRIFTLICH MIT BITTEN ODER BESCHWERDEN AN DIE ZUSTÄNDIGEN STELLEN UND AN DIE VOLKSVERTRETUNG ZU WENDEN“ – ART. 17 GG

Mit dem Petitionsausschuss haben wir ein verfassungsrechtlich verankertes Beteiligungsinstrument, das es jeder Bürgerin und jedem Bürger ermöglicht, sich an den Deutschen Bundestag zu wenden. Bürgerinnen und Bürger können uns ihre Sorgen, Bitten und Beschwerden schicken. Und genau darum ist der Petitionsausschuss kein 08/15-Ausschuss, sondern ein ernst zu nehmender Bestandteil einer lebendigen Demokratie. Bei unserer Arbeit darf es nicht um Parteiprogramme oder um eigene politische Interessen gehen. Im Petitionsausschuss muss es in erster Linie um den Bürger gehen.

„DER BUNDESTAG BESTELLT EINEN PETITIONSAUSSCHUSS, DEM DIE BEHANDLUNG DER NACH ARTIKEL 17 AN DEN BUNDESTAG GERICHTETEN BITTEN UND BESCHWERDEN OBLIEGT.“ – ART. 45 C GG

Teil dieser Demokratie sind seit einigen Jahren auch private Petitionsplattformen, wie sie sich selbst nennen. Kampagnenplattformen nenne ich sie. Denn

sie sammeln Stimmen und vielleicht tragen sie die Stimmen dann in irgendein Ministerium und bringen dort ihr Anliegen vor. Ein parlamentarisches Verfahren schließt sich aber nicht an. Es ist einfach, im Internet einen Aufruf zu unterzeichnen. Und es ist nicht ganz so einfach, im Bundestag ein Ziel zu erreichen. Denn Demokratie heißt eben nicht nur, dass man seine eigene Meinung sagt. Demokratie bedeutet auch zuzuhören. Und dann trifft man sich in der Mitte und findet einen Kompromiss.

Erfolgreiche Petition: Cannabis als Medizin für Schwerkranke

Dass wir Lösungen erarbeiten, zeigt die Petition zur Freigabe von Cannabis als Medizin für Schwerkranke. In 2. und 3. Lesung wurde das Gesetz am 19. Januar 2017 beschlossen. Im Mai 2014 hatte die Arbeitsgemeinschaft Cannabis als Medizin e.V. die Petition mit 48.000 Unterschriften eingereicht. 2015 wurde das Anliegen in einer öffentlichen Sitzung behandelt.

In Zukunft können Cannabisarzneimittel vom Arzt verschrieben und von der Krankenkasse erstattet werden. Cannabis kann als Medizin bei verschiedenen Krankheiten eingesetzt werden, zum Beispiel bei chronischen Schmerzen, bei spastischen Symptomen, bei Multipler Sklerose, bei Depression oder bei ADHS. Bislang hatten rund 1000 Patienten eine Sondergenehmigung der Bundesopiumstelle zur Behandlung mit Cannabis. Formulierungen im Gesetzesentwurf, Patienten müssten vor der Behandlung austherapiert sein und zwingend an einer Begleitstudie teilnehmen, wurden auf Intervention der SPD-Bundestagsfraktion und von Experten, entfernt.

Schon dieses Beispiel zeigt, dass wir den Petitionsausschuss brauchen, weil wir die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger brauchen. Funktioniert ein Gesetz in der Praxis? Erreichen wir mit ihm, was wir erreichen wollten? Ohne dieses Stimmungsbarometer würde unserer Demokratie ein gutes Stück Lebendigkeit fehlen. Und je komplexer die Themen werden, umso wichtiger wird ein Instrument der Bürgerbeteiligung wie der Petitionsausschuss.

DER WEG EINER PETITION:

Die Bürgerbeteiligung ist in Artikel 17 des Grundgesetzes geregelt.

Das Petitionsverfahren:

Der Petitionsausschuss ist die zentrale Anlaufstelle im Deutschen Bundestag, um Sorgen, Nöte und Anregungen an das Parlament herantragen zu können. Über die Internetplattform ist es möglich, Petitionen über ein Web-Formular einzureichen. Forderungen von allgemeiner politischer Bedeutung wie Bitten zur Gesetzgebung können zudem mit der Bitte um Veröffentlichung eingereicht werden. Diese öffentlichen Petitionen können dann von allen registrierten Nutzerinnen und Nutzern dieses Portals mitgezeichnet werden und in eigenen Diskussionsforen erörtert werden.

Was ist eine Einzelpetition?

Mit einer Einzelpetition können Sie individuelle Bitten oder Beschwerden – aber auch solche von allgemeinem Interesse einreichen.

Öffentliche Petitionen:

Bitten oder Beschwerden von allgemeinem Interesse können mit der Bitte um Veröffentlichung eingereicht werden. Sie können entsprechend der Verfahrensgrundsätze, insbesondere der „Richtlinie öffentliche Petitionen“, im Internet veröffentlicht sowie diskutiert und mitgezeichnet werden. Auch wenn eine Petition nicht veröffentlicht wird, erfolgt eine inhaltliche Bearbeitung entsprechend den Verfahrensgrundsätzen des Petitionsausschusses.

Petition für Dritte einreichen

Selbstverständlich können Sie auch als Vertreter eine Petition für Dritte einreichen. Sie benötigen hierfür jedoch eine Vollmacht des Vertretenen.

Der Weg einer Petition:

- » Petition wird eingereicht und überprüft
- » Stellungnahme des zuständigen Ministeriums wird eingeholt
- » Petition geht an einen Berichterstatter der Regierungskoalition – Votum
- » Petition geht an einen Berichterstatter der Opposition – Votum
- » Petition wird im Ausschuss beraten
- » Petition wird im Plenum abgestimmt

Das Quorum:

Findet eine Petition innerhalb von vier Wochen nach Eingang 50.000 oder mehr Mitzeichner (Quorum) wird über sie in der Regel in einer öffentlichen Anhörung beraten. Findet eine Petition keine 50.000 Unterstützer, kann unter Umständen trotzdem eine öffentliche Anhörung angesetzt werden. Ein parlamentarisches Verfahren bekommen aber auch die Petitionen, die nicht öffentlich beraten werden.

DAS INTERVIEW

„ICH RESPEKTIERE ANDERE MEINUNGEN UND NEHME SIE ERNST“

Drei Jahre Große Koalition, drei Jahre Abgeordnete im Bundestag, drei Jahre Politik im ICE-Tempo. Im Interview spricht Martina Stamm-Fibich über Ihre Erfahrungen, die Probleme im System und was sie sich für die Zukunft in Berlin und ihren Wahlkreis vorstellt.

Die 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags biegt auf die Zielgerade ein. Wie fällt die Bilanz der ersten Amtszeit aus?

Der Einstieg war nicht leicht, weil es überhaupt keine Eingewöhnungszeit gab. Büro einräumen und los ging's. Ich musste mich nicht nur um die anstehenden Aufgaben kümmern, sondern auch um die Dinge, die in der letzten Legislatur in der Schublade verschwunden waren. Gerade das Thema Gesundheit ist ein komplexer Bereich, in dem großer Handlungsbedarf besteht. Wir müssen mit dem demografischen Wandel Schritt halten und dafür sorgen, dass unser Gesundheitssystem zukunftsfähig bleibt. Wir haben einen hohen Standard erreicht. Aber um den zu halten, müssen wir effizienter werden und Geld für Innovationen bereitstellen.

Ist das Arbeiten als Bundestagsabgeordnete so, wie Du es Dir vorgestellt hast?

Im Großen und Ganzen ist es ein guter Job. Ich habe gelernt, hart im Nehmen zu sein. Wie man von einigen Wählern und Parteimitgliedern angepackt wird, daran habe ich schon zu knabbern. Da fehlen mir ab und an der Respekt und die Sachlichkeit in der Diskussion. Ich nehme den Auftrag sehr ernst, dem Gemeinwohl verpflichtet zu sein. Und ich bin mir auch im Klaren, dass ich für die Dinge, von denen ich überzeugt bin, oft viel Überzeugungsarbeit leisten muss.

Wie war die Umstellung? Raus aus dem gewohnten Job zu gehen und plötzlich Politikerin zu sein?

Ich bin aus der freien Wirtschaft in einen Staatsapparat mit sehr viel Verwaltung gewechselt. Ich war es gewohnt, so zu handeln, wie es eine Führungskraft den Mitarbeitern ein Stück weit vorgibt. Gute Führungskräfte können ihre Mitarbeiter für die anstehenden Aufgaben begeistern. Es ist in der Politik aber auch ein schwieriger Prozess, in der Gemengelage von Ausschüssen, Abstimmungen, Koalitionen und Ministerien eine feste Richtung vorzugeben.

Was war die größte Herausforderung bisher?

Die Abstimmung über den Syrien-Einsatz der Bundeswehr hat mir drei schlaflose Nächte beschert. Ich habe einen extremen Gewissenskonflikt mit mir ausgetragen. Was ist richtig, was

ist falsch? Ich habe mich mit Frank-Walter Steinmeier vor der Abstimmung lange unterhalten und anschließend schweren Herzens eine Entscheidung gefällt. Mir war klar, dass mein „Ja“ zu diesem Einsatz ein Echo hervorrufen würde. Dass aber eine Strafanzeige gegen mich bei der Generalbundesanwaltschaft gestellt wurde, hat mich schwer getroffen und enttäuscht.

Was stört Dich an der Arbeit als Abgeordnete in Berlin?

Wir haben einfach zu viele Baustellen. Manchmal fragt man sich bei einigen Punkten schon, ob es Sinn macht, sich aufzureiben. Es ist zeitlich einfach nicht möglich, sich mit manchen Dingen so eingehend zu befassen, wie es sein müsste. Das finde ich schade. Man muss auswählen und sich genau überlegen, an welchen Punkten Penetranz gefragt ist. Ein gutes Beispiel ist die Neufassung des Sexualstrafrechts. Wenn wir Frauen nicht so hartnäckig geblieben wären, hätte es den Zusatz „Nein heißt Nein“ nicht gegeben.

Ist Dein politisches Handeln von Vorbildern geprägt?

Eigentlich nicht. Ich habe aber den Werdegang von Renate Schmidt genau verfolgt. Sie hat wie ich kein Studium, war alleinerziehende Mutter und hat eine schwere Zeit durchgemacht. Zu ihrer Amtszeit war der Bundestag ja eine noch größere Männerdomäne. Sie hat sich mehr als tapfer geschlagen.

Der Bundestag wird von außen wie eine eigene Welt wahrgenommen. Ist dem so?

Ja, weil ich kaum jemandem erklären kann, wie die Abläufe richtig funktionieren und dass wir ein Arbeitsparlament sind. Das Plenum ist bei Debatten oft leer, weil zeitgleich Beratungen, Arbeitsgruppen und Termine anstehen. Und nicht weil wir alle faul auf der Couch liegen. Die Wenigsten wissen, dass die Gesetze in den Ausschüssen ausgearbeitet werden und die finale Abstimmung im Parlament in der Regel nur noch Formsache ist. Wer weiß schon, über was wir alles abstimmen. Natürlich ist das auch ein Problem der Medien, die sehr selektiv Themenschwerpunkte setzen. Vom GKV-Versorgungsstärkegesetz, das alle Bürger betrifft, haben wohl nur die Wenigsten etwas mitbekommen.

Wie wirst Du zu Hause wahrgenommen? Kann man noch ungestört einkaufen gehen?

Das hat sich natürlich verändert. Ich werde auf der Straße erkannt und angesprochen. Da ist dann alles dabei, von Lob bis Kritik oder einfach mal ein kurzes Gespräch. Aber das ist auch gut so. Ich würde mir eher Gedanken machen, wenn ich



WIR HABEN EINFACH ZU VIELE BAUSTELLEN

MAN MUSS AUSWÄHLEN UND GENAU ÜBERLEGEN





IM AUSSCHUSS

Hier werden Milliarden von Euro bewegt: Der Gesundheitsausschuss diskutiert und bewertet Gesetzesvorschläge, die alle Bundesbürger betreffen.

völlig unter dem Radar fliegen würde. Und so oft komme ich gar nicht mehr zum Einkaufen, da ich nicht nur in Berlin und im Wahlkreis, sondern auch noch im Rest der Republik regelmäßig unterwegs bin.

Hat die Große Koalition der SPD im Nachhinein geschadet?

Man darf nie vergessen, dass es die Entscheidung einer großen Mehrheit der SPD-Mitglieder war, eine Koalition mit der Union einzugehen. Daran sollte sich jeder, bei aller berechtigten Kritik, immer wieder erinnern. Und wir haben der Union bislang mehr Zugeständnisse abgerungen, als ihnen lieb war. Unsere Ziele aus dem Koalitionsvertrag haben wir nahezu komplett umgesetzt. Aber der Fokus einer Regierung liegt naturgemäß auf der Kanzlerin, die die meiste Aufmerksamkeit genießt. Viele Bürger trennen da nicht zwischen Rot und Schwarz, sondern sehen nur das große Ganze. Glücklicherweise sind wir in der SPD mit dem Ergebnis aus Aufwand und Ertrag natürlich nicht.

Politiker werden zunehmend kritisch beäugt. Wie entsteht dieses schlechte Bild bei der Bevölkerung?

Wir sind die Berufsgruppe, die am meisten im Fokus steht und von oben bis unten durchleuchtet wird. Niemand zeigt so viel Transparenz wie Politiker. Einkommen, Lebensläufe, Termine, der Weg zum gläsernen Abgeordneten ist nicht mehr weit. Niemand muss sich so ausziehen wie wir. Aber es steht jedem Menschen offen, selber in die Politik zu gehen. Wir haben mittlerweile Kommunen, die keinen Bürgermeister mehr stellen können. Und es heißt gerne immer „die“ Politiker. Da werfen wir auch alle ehrenamtlichen mit in einen Topf. Ich habe kein Problem mit Transparenz, nur sprechen wir immer nur über diejenigen, die schlecht dastehen. Einerseits wird immer gefordert, dass Politiker authentisch sein sollen und wenn dann Dinge passieren, die im normalen Leben ebenso vorkommen können, dann ist das verwerflich.

Was verstehst Du unter guter Politik?

Man sollte immer versuchen, die Menschen und ihre Auffassungen zu verstehen. Was wollen sie, was bewegt sie, selbst wenn es nicht dem eigenen Lebensentwurf entspricht. Ich respektiere andere Meinungen und nehme sie ernst.

Beschäftigen sich die Menschen zu wenig mit Politik?

Es gibt zwei Extreme. Die Leute, die sich für etwas Besseres halten und sowieso alles besser wissen und die anderen für die per se alles schlecht ist. Es fehlt das gesunde Mittelmaß bei der Bewertung unserer Arbeit. Natürlich müssen auch wir es schaffen, die komplexen politischen Inhalte auf ein verständliches Level herunterzubrechen. Es muss aber auch jedem klar sein, dass neue Gesetze nicht binnen zwei, drei Wochen greifen. Die Auswirkungen sind oft erst mittel- bis langfristig zu erkennen.

Stichwort Gesundheit: Wieviel Geld wird da eigentlich bewegt?

Rund 330 Milliarden Euro im Jahr.

Eine große Summe. Wieviel kommt davon im Bewusstsein der Bürger an?

Leider viel zu wenig. Die mittlerweile wieder abgeschaffte Praxisgebühr von zehn Euro kam unmittelbar und direkt an, aber vieles von dem was wir auf den Weg bringen, wird nicht registriert. Wir müssen viel mehr Aufklärungsarbeit leisten. Ich bin zum Beispiel ein Befürworter der Patientenquittung. Der Patient könnte unmittelbar feststellen, was der Besuch beim Arzt gekostet hat. Da gilt es, auch ein wenig Bewusstsein für das zu schaffen, was an Kosten anfällt. An wem so ein Vorhaben scheitert, kann sich jeder selber denken.

Stattdessen erregt ein Thema wie die PKW-Maut die Gemüter.

Verkehrsminister Alexander Dobrindt schätzte die Einnahmen aus der Maut bei der Vorstellung des Projekts im Jahr 2015 auf 700 Millionen Euro. Zum Vergleich: Die Kosten für Arzneimittel beliefen sich im Jahr 2015 auf 34,84 Milliarden Euro. Da frage ich mich schon, wo mehr Potenzial liegt.

Gibt es Momente in denen man denkt: Was mache ich hier eigentlich?

Die gibt es. In der Gesundheit haben wir das System der Selbstverwaltung, die ich als nötig erachte, aber auch kritisiere. Wir setzen mit der Gesetzgebung nur die Rahmenbedingungen, die Umsetzung der Inhalte liegt an anderen Stellen. Das kann manchmal Jahre dauern bis der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) etwas tatsächlich auf den Weg bringt. Der G-BA ist zu einer großen und mächtigen Institution gewachsen. Ich bin der Meinung, dass die Balance zwischen Selbstverwaltung und Gesetzgeber gewahrt werden muss.

Die Delegierten Deines Wahlkreises haben Dir mit 96,7 Prozent das Vertrauen für die nächste Bundestagswahl ausgesprochen.

So ein Vertrauensbeweis bestärkt mich in meinem Handeln, zumal unsere beiden Kreisverbände von ihrer Herangehensweise sehr verschieden sind. Das Wahlergebnis sehe ich als sehr gutes Zeugnis für meine erste Amtszeit.

Du bist für mehr Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheide auf Bundesebene. In Großbritannien hat genau diese Form der Beteiligung zum Brexit geführt. Birgt das nicht auch Gefahren?

Bislang haben die Briten noch keinen Antrag zum Austritt gestellt. Die Schweiz ist ein bisschen das Vorbild. Bei jedem Gesetz gibt es eine Frist für die Bürger, Einspruch zu erheben. Da gab es natürlich auch Entscheidungen, die sie so nicht mehr treffen würden, wie zum Beispiel die Abstimmung gegen die Freizügigkeit von Arbeitnehmern. Ein Bürgerentscheid in Deutschland muss an ein festes Quorum gebunden sein. Und aus Fehlern wird man bekanntlich klug. Geht so eine Abstimmung mal in die Hose, werden sich viele beim nächsten Mal überlegen, was richtig oder falsch ist. Wir Politiker sind schließlich auch nicht unfehlbar.

Ein Kernanliegen der SPD ist die Einführung einer Bürgerversicherung. Wie soll das ausschauen?

Die Bürgerversicherung ist eine gesetzliche Kasse, in die alle einzahlen. Derzeit versichern sich vor allem diejenigen privat, die viel verdienen und entziehen sich somit der Solidargemeinschaft. Mit dem demografischen Wandel und den damit sinkenden Beitragszahlungen wird der finanzielle Druck auf die gesetzlichen Kassen drastisch zunehmen. In der Form wie heute wird das System nicht aufrecht zu erhalten sein. Eng verknüpft mit der Bürgerversicherung ist für mich die Einführung der elektronischen Patientenakte. Doppeluntersuchungen, falsche Medikation oder Wechselwirkungen sowie unnötige Operationen ließen sich vermeiden und dadurch viel Geld sparen.

Wäre da nicht das Damoklesschwert Datenschutz?

Der Einwand ist berechtigt. Der Datenschutz steht bei allen Überlegungen an erster Stelle. Wenn ich aber sehe, wie leichtsinnig die Menschen in sozialen Netzwerken, Messengern, Clouds, beim Online-Shopping oder selbst bei der Navigation mit ihren Daten umgehen, dann glaube ich, sind ihre Daten bei uns um einiges besser aufgehoben.

Ein großes Thema im Wahlkreis ist die Wohnsituation. Die Preise gehen durch die Decke.

Wir brauchen eindeutig mehr sozialen Wohnraum. Es kann nicht sein, dass es für Familien mit zwei berufstätigen Eltern nicht möglich ist, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Eine Möglichkeit die ich sehe, sind Genossenschaftsmodelle, zum Beispiel über Bürgergenossenschaften. Das müssen wir dringend intensivieren.

ICH HABE GELEHRT,
HART IM NEHMEN
ZU SEIN
MIR FEHLEN
AB UND AN
RESPEKT UND
SACHLICHKEIT

MEIN TEAM

IN ERLANGEN UND BERLIN

Wahlkreisbüro Erlangen

📍 Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen ■ Tel.: 09131/812 65 33 ■ Fax: 09131/812 65 13
@ martina.stamm-fibich.wk@bundestag.de



Elke Bauer
*Bürgeranfragen, Terminkoordination,
Berlinfahrten*



Martin Ferschmann
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Abgeordnetenbüro Berlin

📍 Platz der Republik 1, 11011 Berlin ■ Tel.: 030/227 774 22 ■ Fax: 030/227 764 24
@ martina.stamm-fibich@bundestag.de



Michaela Stegmann
*Inhaltliche Arbeit für den
Gesundheitsausschuss*



Kathrin Hörl
*Inhaltliche Arbeit für den
Petitionsausschuss*



 www.stamm-fibich.de

 facebook.com/martina.stammfibich/

 goo.gl/iqdf4j

 twitter.com/stamm_fibich

IMPRESSUM

Redaktion: Martina Stamm-Fibich, Martin Ferschmann
Gestaltung: Marco Leibetseder - www.editorial247.com

Fotos: editorial247.com, Martin Ferschmann, Jörg F. Müller (S.23), Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel/phototek.net (S.9,3.v.o.), Deutscher Bundestag/Anke Jacobs (S.9 unten)

Druck: nitschdruck.de
Stand: 01/2017
Alle Rechte vorbehalten.

The SPD logo consists of a red square with the letters "SPD" in white, bold, sans-serif font centered inside it.

SPD

**WER 2017
MITBESTIMMEN
WILL, MUSS
MITREDEN.**

*DEINE STIMME
FÜR VERNUNFT*